Geset = Sammlung

für die

Koniglichen Preußischen Staaten.

Nr. 13.

(Nr. 3718.) Allerhöchster Erlaß vom 7. Marz 1853., betreffend die Bewilligung ber fiskalischen Vorrechte zum Chausseebau von Lissa nach Gostyn durch den Fraustadter Kreis.

Tachdem Ich durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den Bau einer Chausee von Lissa, im Kreise Fraustadt des Regierungsbezirks Posen, nach Gostyn durch den Fraustadter Kreis, genehmigt habe, bestimme Ich hierdurch, daß das Erpropriationsrecht für die zu der Chaussee erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseeduz und Unterhaltungs Materialien, nach Maaßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Borschriften auf diese Straße zur Unwendung kommen sollen. Zugleich will Ich dem gedachten Kreise, gegen Uebernahme der künstigen chausseemäßigen Unterhaltung der Straße, das Recht zur Erhebung des Chaussegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chaussen jedesmal geltenden Chaussegeld-Tarise, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätlichen Vorschriften, verleihen. Auch sollen die dem Chaussegeld-Tarise vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chaussegeldiei-Vergehen auf die gedachte Straße zur Unwendung kommen.

Der gegenwartige Erlaß ift burch bie Gesetz=Sammlung zur offentlichen

Renntniß zu bringen. Wenden den edreche Abennet mit enfinite ned nie

Berlin, ben 7. Marg 1853.

Friedrich Wilhelm.

und ben Finangminister.

v. d. Sendt. v. Bodelschwingh.

Un den Minister fur Handel, Gewerbe und offentliche Arbeiten und den Finanzminister.

(Nr. 3719.) Allerhöchster Erlaß vom 14. Marz 1853., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von der Beuel-Bendorfer Staatsstraße zu Honnef über Asbach bis zur Neuwied-Benerbuscher Gemeinde-Chaussee zu Flamersfeld.

Jachdem 3ch durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den Bau einer Ge= meinde-Chauffee von der Beuel-Bendorfer Staatsstraße zu honnef im Siegfreise über Usbach bis zur Neuwied-Wenerbuscher Gemeinde-Chauffee zu Flamersfeld im Rreife Altenfirchen genehmigt babe, bestimme Sch bierdurch, daß bas Er= propriationsrecht fur die zu der Chaussee erforderlichen Grundstücke, imglei= chen das Recht zur Entnahme der Chauffeebau- und Unterhaltunge-Materialien, nach Maaggabe ber fur die Staats-Chauffeen bestehenden Borschriften, auf diese Strafe zur Unwendung kommen follen. Bugleich will 3ch den betheiligten Gemeinden gegen Uebernahme der funftigen chausseemaßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung bes Chausseegeldes nach den Bestimmungen des fur Die Staats-Chaussen jedesmal geltenden Chaussegeld- Tarifs, einschließlich der in bemfelben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der fonfti= gen die Erhebung betreffenden zusätlichen Vorschriften, verleihen. Auch follen Die bem Chaussegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen ber Chauffeepolizei = Bergeben auf die gedachte Straße zur Unmenbung fommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur dffentlichen Renntniß zu bringen.

Charlottenburg, ben 14. Marg 1853.

Briebrich 28ilbelm.

Friedrich Wilhelm.

v. d. Hendt. v. Bodelschwingh.

Ausgegeben gu Berlin ben 30. April 1863.

Un ben Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten

An den Minister für Handel, Gewerbe und offentliche Arbeiten und den Finanzminister.

(Nr. 3720.) Allerhochster Erlaß vom 14. Marz 1853., betreffend die Berleihung der fiskalischen Borrechte in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde = Chaussee von Bassenberg über Wildenrath und Arsbeck bis zur Erkelenz-Straelener Gemeinde-Chaussee in Niedercrüchten.

Jachbem Ich durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den Bau einer Ge= meinde-Chauffee von der Beinsberg-Erfelenzer Gemeinde-Chauffee in Waffenberg über Wildenrath und Arsbect bis zur Erkeleng = Straelener Gemeinde= Chaussee in Niedercruchten genehmigt habe, bestimme 3ch hierdurch, daß das Expropriationsrecht fur die zu der Chauffee erforderlichen Grundsticke, imgleichen bas Recht zur Entnahme ber Chauffeebau= und Unterhaltungs-Materialien, nach Maaggabe ber fur die Staats = Chauffeen beftebenden Borfchriften, auf Diefe Strafe zur Unwendung kommen follen. Zugleich will 3ch den betheilig= ten Gemeinden, gegen llebernahme der funftigen chauffeemaßigen Unterhaltung ber Strafe, das Recht zur Erhebung des Chauffeegeldes nach ben Beftimmungen des fur die Staats-Chaussen jedesmal geltenden Chaussegeld-Tarifs, einschlieflich ber in bemfelben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, fomie ber fonstigen die Erhebung betreffenden zusählichen Borschriften, verleihen. Huch follen bie dem Chaussegeld = Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen ber Chausseepolizei-Bergeben auf die gedachte Strafe gur Unwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Geseth=Sammlung zur dffentlichen Renntniß zu bringen.

Charlottenburg, ben 14. Marz 1853.

Friedrich Wilhelm.

v. d. Hendt. v. Bobelschwingh.

Un den Minister fur Handel, Gewerbe und offentliche Arbeiten und den Finanzminister.

febelichmingh, v. Bonin

(Nr. 3721.) Allerhöchster Erlaß vom 14. Marg 1853., betreffend die Bedingungen fur bie Ausübung der Rheinschifffahrt.

Unf den Bericht vom 7. März d. J. genehmige Ich, daß in Gemäßheit der, in dem Protofoll V. der Centralkommission für die Rheinschiffahrt vom 24. August 1852, getroffenen Bereinbarung, neben dem im S. 9. Litt. d. des Regulativs wegen Ausübung der Rheinschiffahrt von diesseitigen Unterthanen vom 5. August 1834. — Gesez-Sammlung de 1834. Seite 149. — vorgeschriebenen Atteste, von dem Bewerber um ein Rheinschiffer pakent zur Ausübung der Schiffahrt auf dem ganzen Rheine, sowie auf dessen konventionellen Nebenslüssen, der Nachweis gefordert werde, daß derselbe wenigstens vier Jahre als Schiffslehrling, Schiffsknecht oder Gesell auf dem Rheine beschäftigt gewesen ist, und in dieser Eigenschaft wenigstens zwei Jahre auf Schiffen zugebracht hat, welche entweder den Rhein in seiner ganzen Länge, oder doch wenigstens diesenige Strecke besahren, die von dem Bewerber vorausssichtlich künftig besahren werden wird.

Charlottenburg, ben 14. März 1853.

Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. d. Bendt. v. Bodelschwingh.

Un den Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Ungelegenheiten, den Minister fur Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Finanzminister.

misdiese diragira Briebrich Bilbelm

· In den Minister sich Bandel. Gewerber und össensiche Ardeiten

(Nr. 3722.) Befet uber die Ginfuhrung einer gleichen Bagenfpur in benjenigen Rreifen ber Proving Schlefien, welche nach ber Berordnung vom 7. April 1838. von berfelben ausgeschloffen find. Bom 4. April 1853.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c. 2 mal modern und and mil med mil

verordnen, mit Zustimmung der Kammern, was folgt:

S. 1. Sand miner freit fomme benraging

Der Minister fur Sandel, Gewerbe und offentliche Urbeiten ift ermachtigt, die im S. 8. unter a. der Berordnung vom 7. April 1838., betreffend die Einführung einer gleichen Wagenspur in der Proving Schleffen (Gefet = Samm= lung von 1838. G. 258. ff.), bestimmte Ausnahme ber Rreife Glat, Sabelschwerdt, Balbenburg, Landshut, Birschberg, Schonau und Reiffe, von ben Borschriften der bezeichneten Berordnung auf den Untrag der betreffenden Rreisvertretungen für die genannten Rreise ober für einzelne berselben, ober für bestimmte Theile diefer Rreife, aufzuheben, auch dabei nach den brtlichen Berhaltniffen die in der Berordnung vom 7. April 1838. zur Ausführung bestimm= ten Friften entsprechend zu verlangern. Dieser, Erlaß ift durch Die Geige , Dammlung zur offentlichen Kenntuiß

Diese Aufhebung (S. 1.) und die babei etwa angeordnete Berlangerung ber Ausführungsfriften find in bem Umtsblatte ber betreffenden Regierung und zwar außer der ersten Bekanntmachung noch dreimal innerhalb feche Jahren gur offentlichen Kenntniß zu bringen.

S. 3.

Die in der Berordnung vom 7. April 1838. bestimmten, sowie die nach S. 1. bes gegenwartigen Gesetzes etwa verlangerten Friffen laufen fur die Rreise, deren Ausnahme von den Vorschriften der Verordnung vom 7. April 1838. aufgehoben wird, von der erften Aufnahme der vorstehend im S. 2. angeord= neten Bekanntmachung in bas betreffende Amtsblatt ab.

Urkundlich unter Unserer Hochsteigenhandigen Unterschrift und beigedruck= tem Roniglichen Insiegel.

Gegeben Charlottenburg, ben 4. April 1853.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. d. Sendt. Simons. v. Raumer. v. Beftphalen. v. Bobelichwingh. v. Bonin.

(Nr. 3723.) Allerhochfter Erlag vom 4. April 1853., betreffend Abanberungen bes Regula= tive über bie Breite und Lange ber Schiffegefage und Floge auf ben Wafferftraffen zwischen ber Ober und Spree vom 8. November 1845.

Unf Ihren Bericht vom 14. Marz d. J. will Ich hierdurch nachstehende Ribge auf den Wafferstraßen zwischen der Oder und Spree betreffend, vom 8. November 1845. (Gefeß=Sammlung 1845., G. 786.) genehmigen: 1) Die in ben 66. 1., 2., 10. und 11. bes vorgedachten Regulativs bis zum 1. Januar 1853. bewilligte Frist wird bis zum 1. Januar 1857. verlangert. 2) Diese Berlangerung ber Frist tommt benjenigen Fahrzeugen nicht zu Statten, welche fortan, erweislich, in normalwidrigen Dimensionen erbaut werden; ferner nur benjenigen, deren außere größte Breite nicht über 16 Ruß 8 3oll, und beren Lange, von einer zur anderen Raffespite, nicht über 128 Rug betragt. Sind die Fahrzeuge mit Rlappkaffen verseben, so werden diese bei der Ausmessung der Lange unberücksichtigt gelaffen. 3) Der Minister fur handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist ermachtigt, das in dem f. 9. des Regulativs vorgeschriebene Maaß der Breite der, durch den Finow-Ranal und durch den Friedrichs= Bilhelms-Ranal gehenden Holzfloße abzuandern und diejenigen Maaße zu be= stimmen, welche, als dem Intereffe des Berkehrs entsprechend, zugelaffen werden follen.

Diefer Erlaß ist durch die Geset = Sammlung zur offentlichen Kenntniß zu bringen.

Urfumblich unter Aluferer Hechtigaenhandigen Unterschrift und beigebruck-

v. Ranteuffel. v. b. Depbi: Simons. v. Ranmer. v. Wefiphalen. o. Bobelfchwingh v. Bohin.

Charlottenburg, den 4. April 1853.

Friedrich Wilhelm.

neten Befanntmachung in bas betreffende Minisblatt ab.

dan sid viere, formittel, 1838, bestimmten, forvie die nach Un den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

(L. S.) Rriebrich Wilbelm.

tem Roniglichen Luftegel.

(Nr. 3724.) Bekanntmachung, betreffend die Abanderung der Gesellschaftsstatuten der Aktiengesellschaft "Allianz, anonyme Gesellschaft fur Bergbau und Huttenbetrieb bei Stolberg." Bom 7. April 1853.

Des Königs Majeståt haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 4. April d. J. ben, von der Generalversammlung der Aktiengesellschaft "Allianz, anonyme Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb bei Stolberg," in dem notariellen Akt vom 23. Dezember v. J. verlautbarten Beschlüssen, soweit diese Beschlüsse die Abänderung der Artikel 13., 14., 15., 27., 30., 33., 40., 43. und 48. der Gesellschaftsstatten betressen, die Allerhöchste Bestätigung zu ertheilen geruht.

Der Allerhöchste Erlaß vom 4. April c. wird nebst dem gedachten no= tariellen Aft vom 23. Dezember v. J. durch die Amtsblatter der Koniglichen Regierungen zu Köln und Nachen publizirt werden.

Solches wird nach Vorschrift des S. 3. des Gesetzes über die Aktien= gesellschaften vom 9. November 1843, hierdurch bekannt gemacht.

Berlin, ben 7. April 1853.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

v. d. Hendt.

(Nr. 3725.) Bekanntmachung, betreffend die von den Kammern ertheilte Zustimmung zu der Berordnung vom 4. August 1852. über die Bildung der Ersten Kammer. Bom 14. April 1853.

Tachdem die unter dem 4. August 1852. erlassene und durch die Gesetz-Sammlung von 1852., Seite 549., verkündete Berordnung über die Bildung der Ersten Kammer der Verfassung gemäß den Kammern vorgelegt worden ist, haben dieselben der gedachten Verordnung ihre Zustimmung ertheilt. Dies wird hierdurch bekannt gemacht.

Berlin, ben 14. April 1853.

(NE 3725.) -

Königliches Staatsministerium.

v. Manteuffel. v. d. Hendt. Simons. v. Raumer. v. Wesiphalen. v. Bobelschwingh. v. Bonin.

Der Minifter für Sanbel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Rebigirt im Bureau bes Staats-Ministeriums. Berlin, gebruckt in ber Königlichen Geheimen Ober- Hofbuchbruckerei. (Rubolph Decker.)